

Demonstration „Freiheit statt Angst“, 11.09.2010, Auftaktkundgebung 13:00

Frank Bsirske, Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Sperrfrist: 13:30

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Netzaktivisten!

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung im März dieses Jahres hat grundlegende Maßstäbe gesetzt. Es hat festgestellt: Wenn Bürger ständig in der Annahme leben, überwacht zu werden, droht unserer Demokratie Gefahr!

Bürger dürfen nicht unter Anpassungsdruck geraten! Unter Druck, aufgrund der Persönlichkeitsprofile, die sich aus ihren Kommunikations- und Bewegungsdaten erstellen lassen, ein den herrschenden Interessen angepasstes Leben zu führen. Das würde an den Grundfesten unserer Demokratie rütteln.

Und ich betone:

- Pressefreiheit braucht Informantenschutz!

Koalitionsfreiheit braucht den Schutz vor Überwachung – für Arbeitnehmer und für Gewerkschaften!

Meinungsfreiheit kann sich nur entfalten ohne Vorzensur!

Verehrte Damen und Herren, es ist wieder so weit:

Wir müssen unsere mühsam erkämpften Grundrechte verteidigen! Verteidigen: Nicht gegen böse Herrscher nicht gegen Diktatoren! Nein, wir müssen sie gegen Politiker und Unternehmer verteidigen, die aus purer Ignoranz, aus Naivität oder schlichter Profitgier IT-Strukturen implementieren, deren antidemokratische Auswirkungen gar nicht in ihrem eigenen Interesse sind. Das ist absurd.

Damit das nicht geschieht, müssen wir uns jetzt an Brüssel wenden. Zwar wurde hierzulande die bisherige Form der Vorratsdatenspeicherung verboten – doch die EU verlangt nach wie vor ihre Wiedereinführung. Das hätten wir in den letzten 80 Jahren europäischer Geschichte nicht genug Erfahrungen gesammelt, zu welch wahnsinnigen Zwecken Datensammlungen auch im

Nachhinein missbraucht werden können. Und diese Szenarien sind keine Spinnereien, sie sind Teil unserer Geschichte.

Frau Malmström, Frau Reding,

im Namen der Demokratie, im Namen unserer Grundrechte:

Schaffen Sie die Vorratsdatenspeicherung ab!

Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren,

was wurde aus all den Datenskandalen, in denen Beschäftigte und ihre Angehörigen sowie ihre gewerkschaftlichen Interessenvertretungen bespitzelt und überwacht wurden? Was wurde aus diesen Skandalen der letzten Jahren gelernt?

Vor zwei Wochen hat das Kabinett den Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Beschäftigtendatenschutzes beschlossen. Es ist gut, dass man sich – endlich! – auf Bundesebene des Themas aktiv angenommen hat. Aber in seiner Grundstruktur ist dieser Gesetzentwurf eine Kaskade von Gummiparagraphen! Paragraphen, die den Arbeitnehmern keinen wirklichen Schutz bieten. Ja, es ist sogar so, dass die Befugnisse des Arbeitgebers noch ausgeweitet werden. Jetzt soll gesetzlich festgeschrieben (!) werden, dass im Rahmen der Korruptionsbekämpfung der Unternehmer Polizist in eigener Sache werden kann. Der Arbeitgeber als Aufklärer, Ermittler und Rasterfahnder, der mit Geheimdienstmethoden in seinem Unternehmen nach Regelverstößen forschen darf. Die Schnüffelei bei der Deutschen Bahn würde damit im Nachhinein legalisiert und gerechtfertigt. Das darf doch nicht wahr sein!

Unser Parlament hat noch einiges zu tun, damit das Gesetz den Namen „BeschäftigtendatenSCHUTZ“ verdient.

Und wie steht es um das staatliche Großprojekt „ELENA“? Ursprünglich mit dem Argument der Entbürokratisierung, Bürgerfreundlichkeit und Kosteneinsparung auf den Weg gebracht, entpuppt es sich zunehmend als Schildbürgerstreich!

Den Unternehmen entsteht nicht weniger Aufwand, den Unternehmen entsteht mehr Aufwand! Die Bürokratie wächst. Die Belastung der öffentlichen Haushalte nimmt zu. Und die massenhafte Speicherung von Arbeitnehmerdaten in einer zentralen Datenbank ist ein gigantisches Datenschutzproblem. All diese Probleme hat unser Bundeswirtschaftsminister bereits vor Monaten benannt.

Doch den Worten folgen keine Taten. Wieso? Kann es etwa sein ,dass die Politik dem Druck von IT-Unternehmen nicht Stand hält? Unternehmen, die an diesem öffentlichen Projekt viel Geld verdienen wollen? Das kann ich nicht, das will ich nicht glauben!

Herr Minister Brüderle:

Bitte handeln Sie im Interesse des Gemeinwohls und schaffe Sie ELENA ab!

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Mitstreiter,

Wir alle tragen eine Verantwortung, wie wir unsere digital vernetzte Gesellschaft gestalten:

- Wie wir die Netzneutralität umsetzen

Wie wir den Grundsatz der Datensparsamkeit in allen IT-Projekten verwirklichen

Wie wir sicherstellen, dass Studien für die technischen Infrastrukturen unseres Staates nicht von denen stammen, die mit dem Gegenstand der Untersuchung Geld verdienen!

Wie wir die Medienkompetenz auch hinsichtlich des Urheberrechts fördern, dass die Basis der Arbeit für viele hunderttausend Medien- und Kulturschaffende in diesem Land bildet

Und vor allem, wie wir endlich die Entlohnung künstlerischen Schaffens im Netz stärken!

Und wie wir garantieren, dass es zu keinen weiteren Entgleisungen kommt, z.B. beim Bildungs-Chip für Hartz IV-Kinder. Wir müssen sicherstellen, dass wirklich die Kinder und nicht die Technik im Zentrum stehen. Und wir müssen die Persönlichkeitsrechte von Kindern wahren, deren Daten nur aufgrund der Tatsache erfasst werden sollen, dass ihre Eltern in Armut leben. Und nicht zuletzt: Wir müssen uns um sie kümmern! Ganz analog – mit viel Wärme und Liebe.

Und eins ist klar: Grundrechtsschutz darf keine Frage des Einkommens sein!

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!